



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919**

220 (14.5.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-185345](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-185345)

# Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlich: Dr. Fritz Goldbaum. Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Goldbaum, für Redaktion: Hans Böhm, für Anzeigen: Anton Grottel. Druck und Verlag: Druckerei Dr. Hans Mannheimer General-Anzeiger & Co. in Mannheim. Bräutigam: General-Anzeiger Mannheim. Druckerei-Verlag Nr. 11500 Karlsruhe in Baden. — Fernsprecher Amt Mannheim Nr. 7940-7946.

Badische Neueste Nachrichten  
Amtliches Verkündigungsblatt

Abonnementpreise: Die 11. und 12. Monatshefte 20 Pf., Finanz-Anzeigen und Anzeigen von Verfassern...  
Einzel-Preis: 10 Pf.

## Die Abtretung deutschen Reichsgebietes.

### Broddorff-Ranhaus dritte Note.

Paris, 13. Mai. (W.B.)

Die 3. Note hat folgenden Wortlaut:  
Herr Präsident!

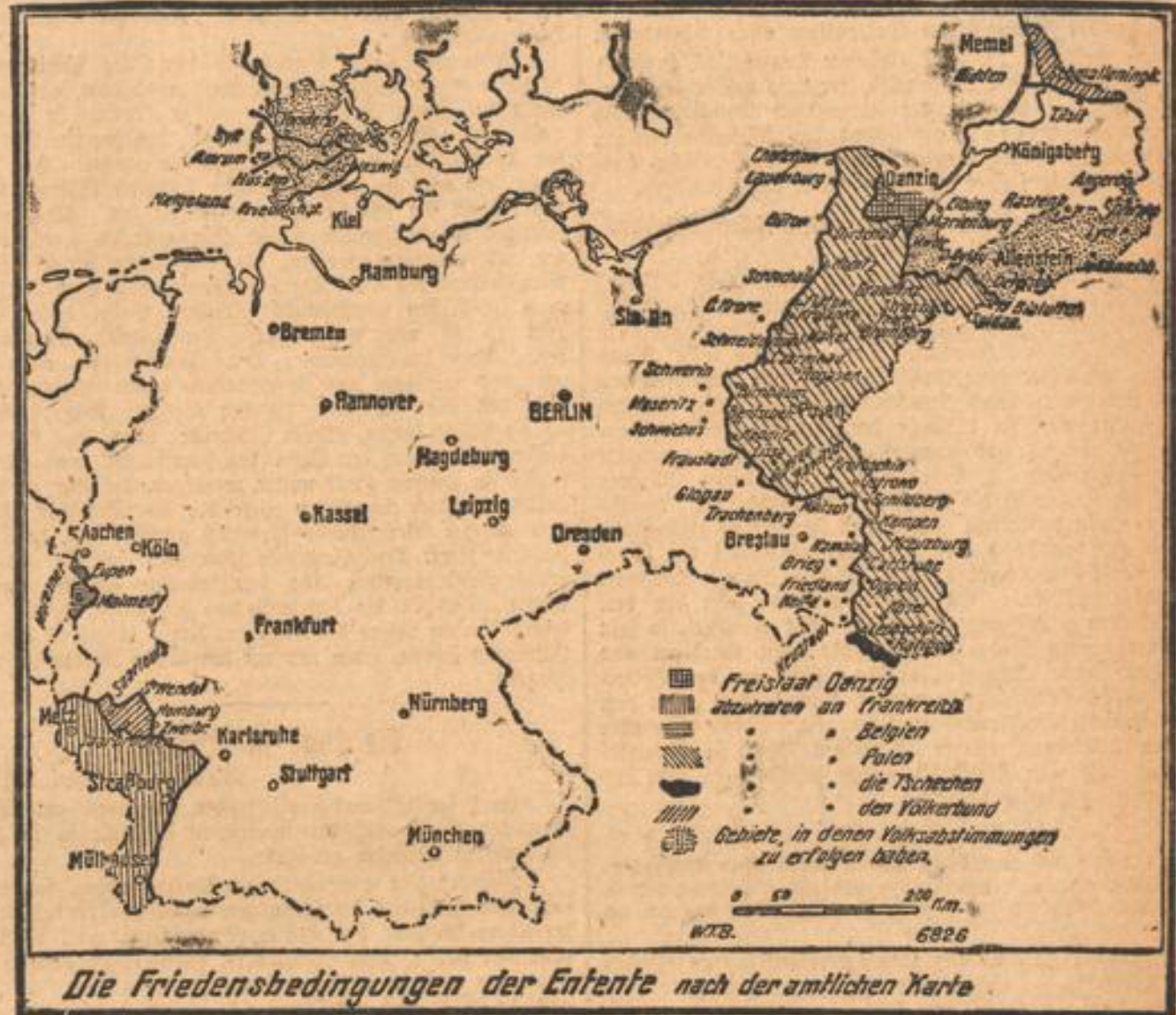
Die deutsche Friedensdelegation hat aus dem Schreiben Ihrer Exzellenz vom 10. Mai entnommen, daß sich die alliierten und assoziierten Regierungen bei der Abfassung der Bedingungen des Friedensvertrages ständig von den Grundgedanken leiten ließ, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensbedingungen vorgeschlagen worden sind. Die deutsche Delegation will selbstverständlich diese Grundgedanken nicht in Zweifel ziehen, sich muß sich aber das Recht vorbehalten, auf die Bedingungen hinzuweisen, die nach ihrer Auffassung mit der Absicht der alliierten und assoziierten Regierungen in Widerspruch stehen. Ein solcher Widerspruch springt besonders in die Augen bei den Bedingungen des Vertragsentwurfes, die sich auf die Abtretung verschiedener von deutscher Bevölkerung bewohnter Teile des Reichsgebietes beziehen. Abgesehen von der Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich und der Besetzung Keils, auf welche beiden Punkte ich mir vorbehalte, später einzugehen, wird Deutschland eine zeitweilige oder dauernde Unterstellung folgender deutscher Gebiete unter Fremdherrschaft angeschlossen: Das Saargebiet, der Kreis Eupen und Malmedy, sowie Preussisch-Moresnet, Oberschlesien, deutscher Teile Mittelschlesiens, Posen, Westpreußen, Ostpreußen (hier folgen im Telegramm einige verkürzte Worte).

Die deutsche Delegation erkennt nicht, daß das für eine Reihe von Bestimmungen über territoriale Veränderungen, die im Friedensvertrag enthalten sind, der Grundsatz der nationalen Selbstbestimmung geltend gemacht werden kann, weil gewisse bisher von deutscher Seite beherrschte Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel Polen, sich als Nichtdeutsche betrachten. Auch in der Frage von Schleswig sind nationale Gründe anzuführen, wenngleich die deutsche Delegation einseht, mit welcher Vollmacht die alliierten und assoziierten Regierungen die zwischen Deutschland und Dänemark zu regelnden Grenzfrage zum Gegenstand der Friedensverhandlungen machen. Die neutrale dänische Regierung weiß, daß die gegenwärtige deutsche Regierung immer bereit gewesen ist, sich mit ihr über das neue Prinzip der Nationalitäten und die entsprechende Grenze zu verständigen. Wenn die dänische Regierung es trotzdem vorgehen sollte, ihre Ansprüche auf dem Umwege über die Friedensverhandlungen zu betreiben, so ist die deutsche Regierung nicht gewillt, hiergegen Einspruch zu erheben.

Die Bereitschaft der deutschen Regierung erstreckt sich aber nicht auf jene Gebiete des Reiches, die nicht unzweifelhaft von einer Bevölkerung fremden Stammes besetzt sind. Vor allen Dingen hält sie es für unzulässig, daß durch den Friedensvertrag zum Zweck, finanzielle und wirtschaftliche Forderungen der Gegner Deutschlands zu sichern, deutsche Bevölkerungen und Gebiete von der bisherigen Souveränität zu einer anderen verschaffert werden, als ob sie bloße Gegenstände oder Etüde in einem Spiel wären. Dies gilt insbesondere von dem Saarbecken. Daß hier eine rein deutsche Bevölkerung wohnt, bestreitet niemand. Trotzdem sieht der Friedensentwurf den Übergang der Herrschaft über das teils preussische, teils bayerische Gebiet auf Frankreich vor, die zu einer völligen Verschmelzung im Hinblick auf die Rechtsverhältnisse, Münzwesen, Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung führen muß, zum mindesten aber die Verbindung des Saartals mit dem übrigen Reich in allen diesen Beziehungen vollkommen aufhebt.

Daß die ganze Bevölkerung sich gegen eine solche Losrennung von der alten Heimat mit aller Entschiedenheit wehrt, wird den Okkupationsbehörden nicht unbekannt sein. Die wenigen Verionen, die anders zu denken vorgeben, weil sie entweder der Macht schmeicheln oder ungerechte Gewinne zu sichern hoffen, kommen nicht in Betracht. Vergebens würde man einwenden, daß die Besetzung ja nur für 15 Jahre gedacht ist und daß nach Ablauf dieser Zeit eine Abstimmung des Volkes über die künftige Zugehörigkeit entscheiden soll. Denn der Rückfall des Gebietes ist davon abhängig gemacht, daß die deutsche Regierung dann in der Lage sein wird, binnen kurzer Zeit die sämtlichen Kohlenbergwerke des Gebietes der französischen Regierung gegen Gold abzulassen und falls die Französischen Regierung nicht geleistet werden kann, soll das Land endgültig an Frankreich fallen, selbst wenn die Bevölkerung sich einstimmig für Deutschland ausgesprochen hätte. Nach den finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen des Vertrages erscheint es ausgeschlossen, daß Deutschland in 15 Jahren über eine entsprechende Menge Gold verfügen können. Ueberdies würden voraussichtlich, wenn das Gold in deutschem Besitze vorhanden wäre, die Entschädigungskommission, die dann Deutschland noch beherrschen würde, eine solche Verwendung des Goldes schwerlich gestatten. Es dürfte in der Geschichte der neuen Zeit kein Beispiel dafür geben, daß eine zivilisierte Macht die andere veranlaßt, ihre Angehörigen als Gegenwert für eine Summe Goldes unter Fremdherrschaft zu bringen. In der öffentlichen Meinung der feindlichen Länder wird die Abtretung (hier ist eine Lücke im Telegramm) wahrscheinlich als „Entschädigung“ für Zerstörungen nordfranzösischer Bergwerke hingestellt.

Die deutsche Delegation erkennt an, daß Frankreich für diese Zerstörungen entschädigt werden muß. Sie gibt auch zu,



Die Friedensbedingungen der Entente nach der amtlichen Karte

daß eine Entschädigung in Geld allein der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Frankreichs nicht entsprechen würde. Wenn also die Forderung der Naturalentschädigung als begründet anerkannt werden soll, so muß und kann die Naturalentschädigung auf einem anderen Wege gesucht werden, als in einer Fremdherrschaft, die auch bei den menschlichsten Absichten der Regierungen immer geschäftigt bleibt.

Die deutsche Delegation ist bereit, alsbald mit den alliierten und assoziierten Regierungen in Verhandlungen darüber einzutreten, wie der Ausfall in der Kohlenförderung der ehemals von Deutschland besetzten Gebiete bis zur Herstellung der zerstörten Gruben, zu der sie sich verpflichtet, ersetzt werden kann.

Dabei würde sie vorschlagen, an Stelle des rohen und unangemessenen Ersatzes durch Ueberweisung des Saarkohlenbeckens und der Uebertragung der dortigen Kohlengruben einen billigeren Ausgleich zu suchen. An Stelle der ausfallenden nordfranzösischen Kohle würde deutsche Kohle und zwar nicht nur Saarkohlen, sondern auch Ruhrkohle zu liefern sein, abgesehen davon, daß es verkehrspolitisch ungewöhnlich wäre, gerade die Saarkohle, die bisher ein ganz natürliches Abgabegbiet hatte, ausschließlich für jene Eratzzwecke zu benutzen. Es erscheint die Heranziehung des Ruhrgebietes auch deshalb unentsprechend, weil die geschädigten Bezirke für die Erzeugnisse des Ruhrgebietes mehr als auf die des Saargebietes angewiesen sind. Die deutsche Delegation ist überzeugt, daß sich über eine solche Kohlenlieferung un schwer ein Abkommen treffen ließe, das allein den berechtigten Forderungen Frankreichs genügen läte. Voraussetzung wäre nur, daß die Sachverständigen beider Parteien sich unmittelbar in Beziehungen setzen und die Bedingungen für Lieferung auf geschäftlicher Basis in mündlichen Verhandlungen ausarbeiten.

Was Belgien anlangt, so ist Deutschland bereit, die Schäden Belgiens in vollem Umfang gutzumachen, es kann daher keinen Grund dafür erkennen, weshalb es gezwungen sein soll, Preussisch-Moresnet sowie die Kreise Eupen und Malmedy abzutreten. Eine Volksabstimmung, mittels deren man der Bevölkerung der Kreise scheinbar eine Mitbestimmung an ihrem künftigen Schicksal geben will, hat daher nach den vereinharten Friedensgrundgedanken keine innerliche Berechtigung. Nach dem Friedensentwurf soll sie aber nicht einmal ausschlaggebend sein, vielmehr würde eine Instanz, an der Deutschland in keiner Weise beteiligt ist, auch dann nach vollem Ermessen über die Zukunft des Gebietes bestimmen, wenn die Bevölkerung ihren Willen kundgetan hätte, bei Deutschland zu verbleiben. Diese Anordnung ist in sich ungerecht und widerspricht dem Grundsatz, daß keinen nationalen Besitzungen Befriedigung gewährt werden sollte, wenn dadurch neue Elemente von Zwist und Widerstreit geschaffen würden.

Die deutsche Delegation behält sich vor, auf die Bestimmungen über territoriale Änderungen im Osten des Reiches in einer besonderen Note zurückzukommen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Broddorff Ranhaus

Berlin, 14. Mai. (Von unv. Berl. Büro.) Von unv. Berichteter Seite wird uns mitgeteilt, daß allein die Bedingungen über den Koh-

lenbergbau, die im Friedensvertrag vorsehen sind, eine Annahme der Bedingungen unmöglich machen. Es blieben danach für die deutsche Industrie jährlich nur 20.000.000 Tonnen zum Verbrauch übrig, d. h. etwa nur der fünfte Teil der unbedingten notwendigen Menge.

### Krisengerichte.

Berlin, 14. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) In manchen Berliner Kreisen gehen wieder einmal Krisengerichte um. Man meint, Graf Broddorff würde zuredetretten, wenn die Entente auf den territorialen Abtretungen bestünde. Man nennt auch wieder eine Anzahl von Bewerbern, die bereit wären, ihn abzulösen (im Grunde sind es übrigens dieselben Namen, die immer wiederkehren). Man bringt auch die Unabhängigen von neuem in diese Kombination hinein. Dazu wird zu sagen sein: Diese Krisengerichte sind heute genau in sehr und so wenig substantiiert wie seit geraumer Zeit. Es ist nicht ausgeschlossen, daß über kurz oder lang eine Regierung der Unabhängigen ans Ruder kommt. Die Herren sind keineswegs ohne Ehrgeiz in ihren Reichen und vielleicht sogar in einem kleinen Zirkel mehrheitssozialistischer Intellektueller, die sich in Opposition zur derzeitigen Führung der Mehrheitssozialdemokraten und der gegenwärtigen Regierung stellen. Es wird sogar recht eifrig darauf hingearbeitet. Aber die unerlässliche Voraussetzung natürlich bleibt: eine Einigung der Mehrheitssozialdemokraten und der Unabhängigen. Solange die nicht vorhanden ist, werden diese unabhängigen Witterträume nicht reifen, wobei nicht übersehen werden darf — wir weisen schon vor einiger Zeit darauf hin — daß in den Massen vielfach haben wie drüben eine starke Reigung für eine solche Vereinigung vorhanden ist.

### Landöberg und Giederts in Berlin.

Berlin, 14. Mai. (Von unv. Berl. Büro.) Die Friedensdelegationen Landöberg und Giederts würden, wie wir hören, noch heute einer Sitzung des Kabinetts beiwohnen um über ihre persönlichen Eindrücke in Versailles Bericht zu erstatten, ferner um an der Beratung der weiteren deutschen Gegenwortschläge teilzunehmen.

### Ablehnung einer Revision des Friedensvertrages?

Paris, 13. Mai. (Von unv. S.-Sonderkorrespond.) Die Abreise eines Teils unserer Friedensdelegation wird von der öffentlichen Meinung hier ziemlich gleichgültig aufgenommen, zumal anscheinend die Absicht besteht, allen weiteren Schritten Broddorff-Ranhaus die kategorische Erklärung entgegenzustellen, daß die Verbündeten es ablehnen, den Vertrag zu revidieren. Das Organ des Außenministers Pichon spricht diese Wahrscheinlichkeit heute morgen unumwunden aus. Im übrigen greift die Meinung um sich, Deutschland werde schließlich unterzeichnen, weil es müsse.

Im gestrigen Räte der Vier ist beschlossen worden, daß Italien in der österreichischen Grenzveränderung Tirol bis zum Brenner bekommt und somit seine strategische Grenze verwirklicht sieht.

Ueber die Verteilung der deutschen und österreichischen Flotte meldet der „Matin“, daß jeder Staat 45 Prozent seiner verlorenen Tonnage zugeteilt bekommt, Italien also 380.000 Tonnen.

Holland ist eingeladen worden, einen Delegierten nach Paris zu entsenden, zur Revision des Vertrages mit Belgien von 1839. Die erste Sitzung findet am 19. Mai statt.

Der Friedensvertrag mit Deutsch-Oesterreich.

Eine Note Brodorski-Kanjan an Deutsch-Oesterreich. Paris, 13. Mai. (Gazette des Tribunaux.)

Paris, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Die Festlegung der Grenzen Deutsch-Oesterreichs und Ungarns wurde heute vormittag vor dem Schlichteramt beendet.

Sofort nach Beendigung des Vertrages mit Oesterreich-Ungarn wird der Vertrag mit Bulgarien besprochen. Der Vertrag mit der Türkei wird als letzter abgeschlossen werden.

Verfallens, 13. Mai. (W. A.) Die Vorkonferenz beschäftigt sich den ganzen Tag über mit der Fertigstellung der Verträge für Deutsch-Oesterreich und Ungarn, besonders mit der Festlegung der Grenzabmachungen.

Rückkehr der italienischen Delegation ohne Einladung.

Mailand, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Von gut unterrichteter Seite wird hier aufs bestimmteste versichert, daß die Rückkehr der italienischen Delegation nach Paris ohne Einladung seitens der Alliierten erfolgte.

Ausschaltung Italiens aus dem militärischen Defensiv-Bündnis.

Mailand, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Die Ausschaltung Italiens von dem militärischen Defensivbündnis Frankreich-England-Amerika gegen Deutschland wird hier sehr lebhaft besprochen.

Anerkennung des englischen Protektorats über Ägypten. Paris, 14. Mai. (Gazette.) Es wird offiziell bestätigt, daß die amerikanische Regierung das englische Protektorat über Ägypten anerkennt.

Amerikanische Zustimmung zum amerikanisch-französischen Bündnis.

Versailles, 14. Mai. (Von unj. S. Sonderberichterstatter.) Die Abreise eines Teiles unserer Delegation verläßt vor dem Ereignis des Tages, nämlich der Meldung des „Washington Herald“, daß die Mehrheit der republikanischen und demokratischen Senatoren der Vereinigten Staaten dem Bündnisvertrag mit Frankreich zustimme.

Die „Liberte“ von gestern abend meldet, daß es nunmehr keinem Zweifel unterliegt, daß die Deutschland zur Ratifikation des Vertrages gelassene Frist sehr kurz bemessen sei.

Was auch kommen möge, alle Blätter betonen ausdrücklich, daß es gerade Wilson sei, der sich den Ratifikationen Brodorski und der Ratifikationsversammlung in Weimar energisch widersetzt und keinen Aufschub dulden will.

Der Zeitung „La Croix“ zufolge sind ernste Differenzen zwischen Frankreich und England hinsichtlich der syrischen Frage ausgedrochen.

Wilson.

Am 12. April haben wir eine bemerkenswerte Betrachtung über die Ziele der amerikanischen Politik veröffentlicht. Sie stammte aus Newseeland und zerschlug den Wilson am die letzten Absichten der amerikanischen Politik gewoben hatte.

zureichend ein offener Brief der Deutschen Gesellschaft für staatsbürgerliche Erziehung an Herrn Woodrow Wilson. In der schmerzlichen und furchtbaren Weise erscheinen jene verächtlichen Kreise gerechtfertigt, die niemals an die Menschlichkeit und Gerechtigkeit der Wilsonschen Politik geglaubt haben.

Nicht wir haben Amerika in den Krieg hineingezogen; es hat nur die günstige Gelegenheit ausgenutzt, um in den Krieg mit gutem Grunde eintreten zu können, in dem die ungeheuerste Schwächung Europas die ungeheuerste Stärkung der Weltstellung Amerikas herbeiführen mußte.

Die Lage in München.

München, 8. Mai 1919. Ein Leser stellt uns den folgenden Privatbrief aus München zur Verfügung, der interessante Einblicke in die Lage in befreiten München gewährt:

Wie es hier während einiger Wochen zugeht, haben Sie inzwischen wohl aus den Zeitungen erfahren. Wir durchlebten furchtbare Wochen; der äußere Feind konnte nicht viehischer gehandelt haben.

Furchtbar niederdrückend war das wochenlange „Abgeschlossensein“. Kein Mensch wußte etwas davon, wie es in München aussah. Keine Zeitung kam herein, aber auch keine Lebensmittel, so daß wir im wahren Sinne d. S. Wortes nahe daran waren verhungert zu müssen.

Da wir furchtbar knapp ernährt waren und stets mit knurrenden Mägen umhergehen mußten, hat mir Ihr letztes Geschenk an Tabak vorzügliche Dienste geleistet, allerdings habe ich auch meinen nächsten Freunden davon abgegeben.

Den Münchener Kommunistenführer Lewine-Rissen verhaftet.

München, 14. Mai. (Priv.-Tel.) In der vergangenen Nacht wurde die treibende Kraft der Münchener Regierung in Bayern, der aus Düsseldorf oder Eibertfeld stammende Kommunistenführer Lewine-Rissen, im Hause Nr. 20 an der Schneidenerstraße verhaftet und heute morgen der Polizeidirektion vorgeführt.

der Räterepublik hatten, darüber hat man an amtlichen Stellen bestimmte Angaben, die Absicht, mit Flugzeugen München zu verlassen. Das Flugzeug war aber derart schlecht, daß die Piloten weigerten, aufzusitzen.

Ueber die Verhaftung erfährt die „Münchener Zeitung“ folgende Einzelheiten: Lewine wurde morgens 1 Uhr früh von 5 Offizieren des Jecorps Epp verhaftet. Er leugnete zunächst der Gesuchte zu sein, wurde aber trotzdem auf die Polizeidirektion gebracht.

Lewine hielt sich unter dem Namen Ludwig Geisenberg bei dem Kunstmalers Otto Schmid an der Schneidenerstraße in 4. Stock versteckt. Um sich unkenntlich zu machen, hat er sich das Haar vollständig abgeschoren.

Letzte Meldungen.

Die Strafanträge im Liebknecht-Lugenburg-Prozess. Berlin, 14. Mai. (W. A.) Im Liebknecht-Lugenburg-Prozess beantragte nach längerem Plädoyer der Vertreter der Anklage folgende Strafen: Gegen Runge wegen eigenmächtigen Verlassens seines Postens im Felde, ferner Todschuß und vorsätzlicher Körperverletzung unter Mißbrauch der Dienstgewalt in zwei Fällen, ferner wegen des Gebrauches falscher Papiere eine Gesamtstrafe von 3 Jahren 6 Monate Gefängnis, 2 Wochen Haft, Verlust der Ehrenrechte auf 4 Jahre und Entfernung aus dem Heere.

Zusammentritt des Landtages. Karlsruhe, 14. Mai. Der bad. Landtag tritt am Freitag den 16. Mai, vorm. halb 10 Uhr, zu einer Sitzung zusammen, um zu den Friedensbedingungen Stellung zu nehmen.

Letzte Handels-Nachrichten.

Frankfurter Wertpapierbörse. Frankfurt 14. Mai. (Priv.-Tel.) Auf die gestrige erneute Ermattung machte sich heute eine etwas unruhigere Stimmung bemerkbar, da man hofft, daß die endgültige Haltung unserer Regierung Eindruck auf die Feinde machen und eine Wiederrück der Friedensbedingungen herbeiführen wird.

Berliner Wertpapierbörse. Berlin, 14. Mai. (Devisenmarkt.) Auszahlungen für: Konstantinopel, Holland 100 Gulden, Dänemark 100 Kronen, Schweden 100 Kronen, Norwegen 100 Kronen, Schweiz 100 Franken, Ost-Ungarn 100 Kronen, Soanien, Bulgarien 100 Leva, Helsingfors.







Belanntmachung.

Gemäß § 13 der Städtewahlordnung geben wir nachfolgend die endgültig feststehenden Wahlverzeichnisse für die Stadtwahl...

1. Verzeichnisse der Sozialdemokratischen Partei.

- 1. Josef Oskar, Redakteur, A 2, 4.
2. Walter Friedrich, Spengler, Alpbachstr. 20.
3. Arnold Maximilian, Steinach, Sedenheimerstr. 23.

4. Verzeichnisse der Deutschen Nationalen Volkspartei.

- 1. Bender Alois, Fabrikant, L 5, 2.
2. Bähring Gustav, Direktor, Charlottenstraße 11.
3. Berres Richard, Stadtschreiber u. Regierungsbauamtl.

6. Verzeichnisse der Zentrumspartei.

- 1. Reibel Jakob, Architekt, Prinz Wilhelmstr. 4.
2. Rahn August, Gewerkschaftsleiter, Kugarcenstr. 13.
3. Rößl Franz Ant., Baumstr., Ne. Kaiser Wilhelmstr. 4.

7. Verzeichnisse der Unabh. Soz. Partei.

- 1. Schmarz Adolf, Spengler, Kleinfeldstr. 11.
2. Selinger Ludwig, Dreher, Kleinfeldstr. 65.
3. Raue Auguste, Frau, Handelslehrer, Verhoffstraße 18.

2. Verzeichnisse der Mietervereinigungen Mannheim und der Coog.-Soz. Partei.

- 1. Wendling, Lubm., Professor, Friedrichsring 26.
2. Wolfes Max, Elektriker, Bock d. Coog.-Soz. Part., U 3, 23.
3. Wolf Gg., Oberleitungsmeister, a. D., Joh. Langstr. 15.

3. Verzeichnisse der deutschen liberalen Volkspartei.

- 1. Hartmann Adolf, Schuhwarenhdl., D 3, 12.
2. Hoffmann Julie, Frau, L 10, 13.
3. Witzsch Dr. Paul, Dir. d. Ang.-Schule, M 6, 18.

- 124. Bogi Anton Wihl, Metzger, Re. Friedrichstr. 22.
125. Obermayer Wihl, Rm., Weidstr. 23/25.
126. Günther Theodor, Generaldirektor, Gärtnerstr. 27.

- 34. Helfferich Wihl, Oberinsp., Paul Barthelstr. 50.
35. Joller Ferd., Wagnerstr., Wa. Alte Frankfurterstr. 6.
36. Wehler Jos., Betriebsauff., Emil Heßlerstr. 5.

- 35. Dietrich Bobette, Kellnerin, Hofenstr. 12.
36. Detzsch Peter, Architekt, O 5, 15.
37. Glimp Karl Joh., Handelslehrer, Käferring 12.

- 37. Schmarz Adolf, Spengler, Kleinfeldstr. 11.
38. Selinger Ludwig, Dreher, Kleinfeldstr. 65.
39. Raue Auguste, Frau, Handelslehrer, Verhoffstraße 18.

- 38. Schmarz Adolf, Spengler, Kleinfeldstr. 11.
39. Selinger Ludwig, Dreher, Kleinfeldstr. 65.
40. Raue Auguste, Frau, Handelslehrer, Verhoffstraße 18.

- 39. Selinger Ludwig, Dreher, Kleinfeldstr. 65.
40. Raue Auguste, Frau, Handelslehrer, Verhoffstraße 18.
41. Schmarz Adolf, Spengler, Kleinfeldstr. 11.

- 40. Raue Auguste, Frau, Handelslehrer, Verhoffstraße 18.
41. Schmarz Adolf, Spengler, Kleinfeldstr. 11.
42. Selinger Ludwig, Dreher, Kleinfeldstr. 65.

- 41. Schmarz Adolf, Spengler, Kleinfeldstr. 11.
42. Selinger Ludwig, Dreher, Kleinfeldstr. 65.
43. Raue Auguste, Frau, Handelslehrer, Verhoffstraße 18.

- 42. Selinger Ludwig, Dreher, Kleinfeldstr. 65.
43. Raue Auguste, Frau, Handelslehrer, Verhoffstraße 18.
44. Schmarz Adolf, Spengler, Kleinfeldstr. 11.

- 43. Raue Auguste, Frau, Handelslehrer, Verhoffstraße 18.
44. Schmarz Adolf, Spengler, Kleinfeldstr. 11.
45. Selinger Ludwig, Dreher, Kleinfeldstr. 65.

- 44. Schmarz Adolf, Spengler, Kleinfeldstr. 11.
45. Selinger Ludwig, Dreher, Kleinfeldstr. 65.
46. Raue Auguste, Frau, Handelslehrer, Verhoffstraße 18.

- 45. Selinger Ludwig, Dreher, Kleinfeldstr. 65.
46. Raue Auguste, Frau, Handelslehrer, Verhoffstraße 18.
47. Schmarz Adolf, Spengler, Kleinfeldstr. 11.

- 46. Raue Auguste, Frau, Handelslehrer, Verhoffstraße 18.
47. Schmarz Adolf, Spengler, Kleinfeldstr. 11.
48. Selinger Ludwig, Dreher, Kleinfeldstr. 65.

- 47. Schmarz Adolf, Spengler, Kleinfeldstr. 11.
48. Selinger Ludwig, Dreher, Kleinfeldstr. 65.
49. Raue Auguste, Frau, Handelslehrer, Verhoffstraße 18.

- 48. Selinger Ludwig, Dreher, Kleinfeldstr. 65.
49. Raue Auguste, Frau, Handelslehrer, Verhoffstraße 18.
50. Schmarz Adolf, Spengler, Kleinfeldstr. 11.

- 49. Raue Auguste, Frau, Handelslehrer, Verhoffstraße 18.
50. Schmarz Adolf, Spengler, Kleinfeldstr. 11.
51. Selinger Ludwig, Dreher, Kleinfeldstr. 65.

- 50. Schmarz Adolf, Spengler, Kleinfeldstr. 11.
51. Selinger Ludwig, Dreher, Kleinfeldstr. 65.
52. Raue Auguste, Frau, Handelslehrer, Verhoffstraße 18.

- 51. Selinger Ludwig, Dreher, Kleinfeldstr. 65.
52. Raue Auguste, Frau, Handelslehrer, Verhoffstraße 18.
53. Schmarz Adolf, Spengler, Kleinfeldstr. 11.

Grün & Bilfinger Akt.-Ges., Mannheim. Vermögens-Rechnung

Table with columns: Vermögen, 1. Kasse, 2. Bankguthaben, 3. Forderungen, 4. Wertpapiere, 5. Zinsen, 6. Rückstellungen, 7. Verbindlichkeiten, 8. Baugeld, 9. Werkzeuge, 10. Bestand an Bau- u. Rohstoffen, 11. Einrichtungsgegenstände, 12. Baugeld.

Table with columns: Schulden, 1. Aktienkapital, 2. Gezeichnete Rücklage, 3. Verschuldungs-Rücklage, 4. Gläubiger, 5. Nicht erhaltene Gemeinnutzanteile, 6. Schuld an die Beamten.

Gewinn- und Verlust-Rechnung

Table with columns: Allgemeine Kosten, Beamtenfürsorge, Abschreibungen, auf Bilanzposten, 2. Remise u. Geräte, 3. Wertgegenstände, 4. Bau- u. Rohstoffe, 5. Schwelien.

Durch Beschluss der Generalversammlung vom 12. März 1919 wurde der Gewinn-Anteil auf 8 vom Hundert festgesetzt...

Grün & Bilfinger A.-G. Der Vorstand.

Elegante Küchen-Möbel sind eingetroffen.

A. Straus & Co., J 1, 12 Möbel-Spezialhaus.

Sch Kabilau, Schellfisch, Schollen

treffen fortwährend ein; außerdem frisch eingetroffen: Delikatess-Sauerkraut, pik. Fleisch-Salat.

2 Zimmer mit Küche

Der Mann, pers. Gen.-Baumeister, würde eine Hausverwaltung übernehmen.

Vernicklung

verkupferte, vormessingen, voralbern, schwarzvernickeln etc. Auftrischen von Lüstern, Schaufenstergeräten etc.

Ludwig Wieland Bockstr. 10, Jungbusch, Telefon 7704.

Das Jahresergebnis für das Jahr 1919 ist auf 12 Juni zu verteilen.

Es soll dazu verwendet werden, um unheimlichen, franten oder leidenden jungen erbigen Kaufleuten...

Das Jahresergebnis für 1919 ist demnach zu verteilen. Die Stiftung bezweckt die Unterstützung würdiger und bedürftiger Wittwen...

Das Jahresergebnis für 1919 ist demnach zu verteilen. Die Stiftung bezweckt die Unterstützung würdiger und bedürftiger Wittwen...

Das Jahresergebnis für 1919 ist demnach zu verteilen. Die Stiftung bezweckt die Unterstützung würdiger und bedürftiger Wittwen...

Das Jahresergebnis für 1919 ist demnach zu verteilen. Die Stiftung bezweckt die Unterstützung würdiger und bedürftiger Wittwen...

Das Jahresergebnis für 1919 ist demnach zu verteilen. Die Stiftung bezweckt die Unterstützung würdiger und bedürftiger Wittwen...

Das Jahresergebnis für 1919 ist demnach zu verteilen. Die Stiftung bezweckt die Unterstützung würdiger und bedürftiger Wittwen...